

Anmerkung von H. Rencker:

Krokodilstränen, sonst nichts. Floriansprinzip kann keine Lösung sein. Und an dem ganzen Desaster trägt die Landesregierung RLP große Mitschuld. Diese befürwortete unter Minister Bauckhage (FDP) ausdrücklich den Ausbau.

## Alternativen zur Südumfliegung?

**FLUGLÄRM.** Mainzer Innenminister schreibt an Dobrindt / Unabhängige Gutachten gefordert

Von Markus Lachmann

**MAINZ/WIESBADEN.** Das Land Rheinland-Pfalz fordert, Alternativen zur Südumfliegung bei Frankfurt zu prüfen – mit unabhängigen Gutachtern. Dies geht aus einem Brief des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz (SPD) an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hervor. Das Bundesaufsichtsamt (BAF), das für die Festsetzung von Flugrouten zuständig ist, gehört organisatorisch zur Dobrindt-Behörde.

Mit Blick auf die neuerlichen Verhandlungen vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Hessen schreibt Lewentz, er rege dazu an, „... dass das BAF sich bei den nunmehr erforderlichen Prüfungen nicht allein der Verfahrens- und Routenplanung durch die DFS bedient, sondern durch einen unabhängigen Gutachter die Frage klären lässt, ob es Routen gibt, die unter Einhaltung der vorrangigen Sicherheitsanfordernisse die Kläger bei 98 Bewegungen weniger mit Fluglärm belasten.“ Alle Vorschläge bzw. Überlegungen für Alternativen, gegebenenfalls auch eine die Südumfliegung ergänzende Route, müssten vom BAF „frühzeitig in Rheinland-Pfalz und in Hessen öffentlich

und in jeder Hinsicht transparent zur Diskussion gestellt werden“, so Lewentz.

Rheinland-Pfalz hatte schon vor Jahren mehrere Gutachten in Auftrag gegeben, unter anderem zu einem modifizierten Fehlanflugverfahren. Damit wollte die Regierung aufzeigen, dass es auch Alternativen zur Südumfliegung gebe, einer Startroute, die bei Westwind in südwestlicher Richtung verläuft. Die Flugsicherung nahm die Gutachten damals zur Kenntnis – mehr aber auch nicht. Als Konsequenz der Vorschläge aus Rheinland-Pfalz würde auch wieder mehr Fluglärm nach Hessen zurückverlagert. Lewentz räumt das im Gespräch mit dieser Zeitung ein, sagt aber auch: „Es kann nicht sein, dass die rechtsrheinische Seite vom wirtschaftlichen Erfolg profitiert, und die linksrheinische Seite die Lärmbelastung zu tragen hat.“ Es bräuchte eine Entlastung der Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz.

Der hessische VGH hatte die Südumfliegung vor zweieinhalb Jahren für rechtswidrig erklärt. Das Bundesverwaltungsgericht hob das Urteil Ende vergangenen Jahres auf. Nun muss am VGH erneut verhandelt werden.

KOMMENTARE LESEN (1)

KOMMENTAR SCHREIBEN

Von: **HARTMUT RENCKER**

06.03.2016

### Krokodilstränen vor der Wahl

Schwere Schuld hat die Landesregierung unter Beck und Bauckhage auf sich geladen und den Ausbau von Fraport ausdrücklich begrüßt. Das lässt sich nicht nachträglich mit dem Floriansprinzip reparieren. Das Herumgestochere kostet nur Steuergeld und bringt nichts außer der Gefahr einer Entsolidarisierung der Betroffenen. Und genau das will Fraport. Mehr unter [www.lerchenberg-info.de/fluglaerm/20050615-bauckhage.jpg](http://www.lerchenberg-info.de/fluglaerm/20050615-bauckhage.jpg)

Kommentar bewerten  (2)  (0)